Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 287

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 7. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 54 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Streikzuckungen in Mitteldeutschland

Der Ausnahmezustand bleibt

In der vergangenen Woche wurde im Mansfeldischen der Streik der Bergarbeiter proklamiert, um die Regierung zur Aufhebung des 10prozentigen Abzuges vom Lohn zu bewegen. Es scheint aber, daß dieser Streik nur in den Spalten des „Volksblattes" ausgebrochen war, daß in Wirklichkeit die Arbeiter weiter einfuhren und nicht an einen so unnötig vom Zaune gebrochenen Streik dachten. Es kann sich nur um ganz kleine Teilaktionen radikaler Belegschaften gehandelt haben, die heute aber bereits ihre Arbeit wieder aufnahmen. So ist im Röblinger Revier in einer Versammlung der Beschluß gefaßt worden, die Arbeit „vorläufig" wieder aufzunehmen, nachdem das übliche, wirkungslose Telegramm an die Reichsregierung abgesandt worden war: „Die Bergarbeiter verlangen den Lohnabzug wieder zurück und machen die Regierung bei Ablehnung für die Folgen verantwortlich, da der Streikwille nach wie vor besteht. Nur die Erkenntnis von der Unzweckmäßigkeit einer Teilaktion hat die Bergarbeiter bewogen, zunächst vom weiteren Streik abzusehen." Das Geiseltal hat ebenfalls die Arbeit dem Streik vorgezogen.

Wir haben hier wieder das sich stets wiederholende Spiel der Hetze zum Streik. Die Brandherde Mitteldeutschlands sind das Mansfelder Gebiet, das Geiseltal und Golpa-Bitterfeld. In allen drei Gebieten setzte auf Befehl der Streifschürer der „Streikwille" ein, der äußerlich zum Anlaß den Lohnabzug nahm. Da dieser Gegenstand nun teilweise hinfällig geworden ist, weil der Reichstag soeben eine gerechtere Staffelung dieser Erzbergerschen Steuer als Gesetzentwurf annahm, wird auf andere Weise zum Streik geheßt. Es handelt sich dabei natürlich um Lohnforderungen, um das eingetriebene, was der Steuerabzug den Arbeitern genommen hat. Auf diese Weise wird unsere Wirtschaft, solange wir im Schatten des Versailler Friedens leben, niemals mehr zur Ruhe kommen. Die Arbeiter haben noch nicht das Einsehen, sind also politisch entweder zu unreif oder durch gewissenlose Hetzer verwirrt, daß die Lasten des uns aufgezwungenen Friedens auch von denen getragen werden müssen, die den Zusammenbruch durch unentwegte Minierarbeit vollführten. Drehen sie die Lohnschraube, die bekanntlich ohne Ende ist, bei jeder Lastenforderung weiter, dann wird die teure Zeit niemals ein Ende nehmen.

Während also die Arbeiter eines Brandgebietes den „Streikwillen" durch Arbeit betäuben, meldet der Draht den Ausbruch neuer Schwierigkeiten in Golpa-Bitterfeld. Unser Mitarbeiter drahtet, daß „die gesamte Belegschaft der Grube Golpa Dienstag nachmittag 8 Uhr in den Ausstand getreten ist. Die Arbeiter hatten eine Zulage für die Schicht von 15 M. gefordert. Diese war von der Direktion als unannehmbar abgelehnt worden. Darauf forderten die Arbeiter in einem Ultimatum die Bewilligung der Zulage bis Dienstag abend 6 Uhr, andernfalls auch die Verrichtung der Notstandsarbeiten eingestellt werden würde. Wie die Grube mitteilt, handelt es sich um das einheitliche Vorgehen der gesamten Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands. Die Grube befürchtet, daß der Generalstreik im ganzen Mitteldeutschen Braunkohlenrevier ausbrechen wird."

Wir können uns dieser Auffassung nicht anschließen. Das Signal für den allgemeinen Generalstreik werden Teilaktionen sein, die vielleicht von Golpa ausgehen werden, da dieses Werk — ein Fester der Zentralisation — Berlin mit Licht versorgt. Auch kann bei dieser Gelegenheit auf die ausführlichen Streikorganisationspläne hingewiesen werden, die vor einiger Zeit in München beraten worden sind und mit deren Einzelausführungen sich auch die bislang bekannten Pläne der mitteldeutschen Radikalen decken.

Die Regierung erkennt nun doch endlich die große Gefahr, die ihr und unserm Reichsbestand, der Ordnung und der Arbeit aus Mitteldeutschland drohen. Die U. S. P. von Halle und dem Saalkreis, welcher der Belagerungszustand in Mitteldeutschland zu lange dauert, hat die Regierung um Angabe der Gründe gebeten, die eine Fortdauer des Ausnahmezustandes bedingen. Sie hat zweifelsohne gehofft, durch diese Erinnerung eine baldige Aufhebung erwirken zu können, doch sie hat mit Hörsing nicht gerechnet, der trotz aller Biededienerei mit Kasparek und Genossen die Gefahr unserer mitteldeutschen Industriegebietes kennt. Die Regierung tut der U. S. P. von Halle und dem Saalkreis aber den Gefallen nicht, denn das Antwortschreiben sagt unzweideutig, daß man den unabhängigen Genossen in Mitteldeutschland doch nicht ganz traut. Und man tut nur zu recht damit. Das Antwortschreiben aber hat folgenden Wortlaut:

Der Reichswehrminister des Inneren.
J. N. 6718.

Berlin W. 8, den 28. Juni 1920,
Wilhelmstraße 24.

Auf das Schreiben vom 14. Juni 1920.

Der Ausnahmezustand in der Provinz Sachsen muß aufrechterhalten werden, weil nach den von dem Herrn Oberpräsidenten Hörsing erstatteten Berichten noch erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Sobald diese Voraussetzungen für den Ausnahmezustand fortgefallen sind, wird seine Aufhebung erfolgen. Der Zeitpunkt, zu dem dies möglich sein wird, hängt von der Entwicklung der politischen Lage in der Provinz ab. Ich würde es mit Freude begrüßen, wenn der Verein zur Beseitigung der bestehenden Erschwerungen beitragen würde.

In Vertretung: (gez.) Lewald.

Der Verein der Unabhängigen wird das nicht tun. Er schürt weiter zu Streiks und Forderungen und er hält seinen Säbel scharf und seine Mitglieder in strenger militärischer, wenn auch geheimer Waffenzucht. Herr Lewald, der sich einen Scherz nicht verbeißen konnte, hat richtig geraten, wer der Störenfried in Mitteldeutschland ist, denn das „Volksblatt", dem die Veröffentlichung dieses Schreibens zu verdanken ist, spielt den Unschuldigen und fragt ganz entrüstet und indirekt: soll das wohl heißen, daß die U. S. P. als „linksradikale" Partei zu der erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit beiträgt und daß sie es in der Hand hat, für den Fortfall des Belagerungszustandes zu wirken". Es nimmt nicht Wunder, daß das „Volksblatt" sich gegen diese „dreiste Verdrehung der Tatsachen" nach dem altbewährten Rezept wendet, indem es die Aufmerksamkeit auf die „Kappleute" lenkt. Herr Hörsing soll schuld an dieser Verdächtigung der unschuldigen Unabhängigen sein, denn „er ist es, der in völliger Verkennung der wirklichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit durch die fieberhaft betriebenen Rüstungen der Kappleute seinen hohen Vorgesetzten nur mit lügenhaften Nachrichten versorgt, die zweifelhafte Elemente ihm zutragen".

Das ist doch unseres Erachtens ein zweifelhaftes Reinwaschen dieser von der Regierung selber festgestellten Gefährlichkeit der mitteldeutschen Genossen. Sie ist ja bislang auch mit verbundenen Augen durch die Ereignisse gegangen und das Ruhrgebiet hat das erst in den Apriltagen erfahren müssen! Die Schwäche der Aufrührern gegenüber ist aber noch vorhanden und an eine Beseitigung der Gefahr in Mitteldeutschland ist nicht zu denken, solangne die Regierung Leute wie den unabhängigen „Volksblatt"-Redakteur Kasparek dessen „legensreiche" Tätigkeit in Halle zur Genüge bekannt ist, in öffentliche Aemter einsetzt. Dort werden solche Leute, die eben nicht anders als vom Parteistandpunkt reden und regieren können, einen Mißbrauch treiben, der sich zum Schaden der Allgemeinheit auswächst. Im verschrieenen alten System kam es nämlich nicht vor, daß ein Landrat als öffentlicher Volksredner die Massen aufpeitschte und daß der, der doch auf dem Boden der Verfassung zu stehen hat, zur Auflehnung gegen diese Verfassung auffordert. Herr Kasparek hat das getan, indem er offen für eine neue Revolution eintrat. Die „Sangerhäuser Zeitung", die doch gewiß nichts Falsches über den Herrn Landrat ihres Kreises berichten wird, schreibt in Nr. 146 folgendes:

„In einer öffentlichen Versammlung der U. S. P. D. sprach unser Landrat Kasparek über die „Lehre aus den Reichstagswahlen". Seine Ausführungen gipfelten in der Schlußfolgerung, daß die Revolution noch nicht beendet ist und ein Umsturz ohne Rücksicht auf die Wahlergebnisse und alsdann die Herrschaft der Arbeiterklasse kommen müsse. Wann, ob in den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten, und mit welchen Mitteln, ob durch Generalstreik oder dergleichen, das vorauszusagen sei außerordentlich schwierig und auch taktisch nicht ratsam.

Im Sangerhausen war es auch, wo Herr Kasparek in einer Versammlung der U. S. P. D. den Versammlungsteilnehmern Richtlinien gab, wie eine Abwälzung der Steuern auf die besitzenden Klassen möglich sei. Anschließend an diese „Aufklärung" durch den Herrn „Landrat" wurde in einer Entschließung gefordert, „daß die 10 v. H. Lohnabzug vom Unternehmer zu tragen seien". Den Erfolg dieser unverantwortlichen Hetzarbeit eines Mannes an hoher und verantwortlicher Stelle hat ja denn auch in Mitteldeutschland schon Erfolge gezeitigt, wie wir sie eingangs berichtet haben. Es wird zur Erreichung der Ruhe und Ordnung in Mitteldeutschland, mithin zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland notwendig sein, solche Männer, wie diesen Herrn „Landrat" von ihren Posten, auf den sie eine Regierung vor dem 6. Juni und die Bosenfreundschaft mit den Leuten „von Einfluß" gebracht haben, zu entfernen. Solange ein Landrat solchen Schlages in Mitteldeutschland wirken kann, wird der „Streikwille" der U. S. P. fortbestehen. Er wird sich bei jeder greifbaren Gelegenheit zeigen, schon um die derzeitige Regierung fühlen zu lassen, daß die Funken der Gefahr im mitteldeutschen Brandherd noch nicht erloschen sind, die die Schwäche und die Unentschlossenheit der Revolutionsregierung einer neuen Zeit als böse Erbe hinterlassen haben. **

*

Wie stark für die Arbeiter des mitteldeutschen Reviers gesorgt wird, ersieht man aus der Vereinbarung zum Tarifvertrag vom 17. April 1920 der Arbeitgeber mit den Grubenarbeiterverbänden, die, wenn sie von der Regierung anerkannt wird, neue erhebliche Zuschüsse den Bergarbeitern gewährt. Man berichtet darüber:

Die Verhandlungen über eine Aenderung der Lohntafel des am 17. April 1920 zwischen dem Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau und den Arbeiterverbänden abgeschlossenen Tarifvertrages, die am 3. Juli 1920 unter Vorsitz des Referenten im Reichsarbeitsministerium, Herrn Dr. Tiburtius, in Halle a. S. stattfanden, haben zu folgendem Ergebnis geführt:

I. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter ersuchen die Reichsregierung um Anordnung, daß mit Wirkung ab 1. Juni 1920 die zur Senkung der Nahrungsmittelpreise abzuführenden Beträge in Höhe

von 2,00 Mark je Tonne Briketts,
und 0,70 Mark je Tonne Rohbraunkohle

(Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 30. Dezember 1919), ausschließlich für Beschaffung von Nahrungsmitteln zugunsten der am Tarifvertrage beteiligten Arbeiter verwandt werden sollen. Die Aufwendung dieser Beträge würde dazu führen, jedem Arbeiter wöchentlich ein Pfund Fett kostenfrei zu liefern.

II. **Das Kindergeld wird mit Wirkung ab 1. Juni 1920 um 100 Prozent erhöht.**

III. **Das Hausstandsgeld wird mit Wirkung ab 1. Juni 1920 um 50 Prozent erhöht.** Für die Randreviere im Sinne der Lohntafel des Tarifvertrages vom 17. April 1920 soll diese Erhöhung unter der Bedingung gelten, daß die Regierung auf Abführung der in Ziffer 1 erwähnten Beträge aus diesen Revieren verzichtet, ohne daß dadurch den Belegschaften dieser Reviere ein Nachteil in der Lebensmittelversorgung erwächst.

IV. Die Nachzahlung der in Ziffer 2 und 3 vereinbarten Erhöhungen soll spätestens bis zum 20. Juli 1920 erfolgen.

Reichswehrminister Geßler in Spa

Herabsetzung der Reichswehr?

Simons spricht von deutschen Zugeständnissen.

b. Spa, 6. Juli.

Wie Außenminister Simons erklärte, darf man annehmen, daß auf der Gegenseite ernstliche Absicht besteht, in sachliche Verhandlungen einzutreten und daß die Alliierten deshalb zunächst die militärischen Schwierigkeiten aus der Welt schaffen wollen. Die Bereitwilligkeit der Alliierten in anderen Fragen werde offenbar von der Erledigung des militärischen Problems abhängig gemacht. Die führenden deutschen Persönlichkeiten sind denn auch entschlossen, soweit es die Verhältnisse gestatten, in der militärischen Frage Zugeständnisse zu machen. Das ganze Problem wird an zuständiger Stelle als ernst, aber nicht hoffungslos betrachtet. Es wird sich darum handeln, statt der gegenwärtigen militärischen (!) Form irgend eine andere Methode für den Schutz des deutschen Wirtschaftslebens zu finden.

Die Entschädigungsfrage wird von der Konferenz wahrscheinlich nur in Form prinzipieller Vorschläge besprochen werden, da bereits am Donnerstag der 4. Punkt der Tagesordnung, nämlich die „Bestrafung der Schuldigen", zur Beratung gelangen soll. In dieser Beziehung werden die Alliierten wahrscheinlich besonders eine Erklärung über den Stand der Leipziger Prozesse von Deutschland verlangen. Jedenfalls hofft man in Kreisen der deutschen Delegation, Spa nicht eher zu verlassen, bevor eine feste Grundlage für die von Deutschland zu zahlenden Leistungen geschaffen sein wird. Ob sich diese Hoffnung erfüllen lassen wird, ist vorläufig noch fraglich. Die Auffassung der führenden Persönlichkeiten läßt sich in die Worte fassen: Nicht optimistisch, aber auch nicht hoffnungslos. Man betont an verantwortlicher Stelle die Notwendigkeit, zu einem Ergebnis zu gelangen, weil andernfalls der Zusammenbruch Europas mit Sicherheit zu erwarten sei und weil besonders für Deutschland eine Periode der Zwangsherrschaft einsetzen würde, deren Folgen nicht abzusehen wären, und die leicht zu neuen kriegerischen Verwicklungen führen könnte.

Reichswehrminister Dr. Geßler und General von Seeckt sind heute nachmittag 2 Uhr im Auto von Aachen kommend im Hotel Annette et Lubin eingetroffen. Sie begaben sich sofort zu einer Besprechung in die Villa des Reichskanzlers.

Keine Besprechung der Danziger Frage

b. Spa, 6. Juli.

Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Einspruch erhaben, da angenommen werden könne, daß in Verbindung damit sämtliche schwebenden Ostfragen erörtert werden sollten. Da es sich um ein Mißverständnis handelte, so ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden und die bereits hergebetenen Sachverständigen werden ihre Reise hierher nicht antreten.

Die nächste Konferenz findet heute nachmittag 3½ Uhr im Schlosse de la Frineuse statt. Es kommt dabei die militärische Frage zur Behandlung. An der Sitzung werden noch die bis dahin erwarteten Reichswehrminister Dr. Geßler sowie General v. Seeckt teilnehmen.

w. Spa, 6. Juli.

Die englischen Sachverständigen beschäftigten sich gestern mit der auf die letzte Mitteilung der türkischen Delegation, betreffend die Bedingungen der Alliierten zu erteilenden Antwort. Englische Kreise sind der Ansicht, daß die Antwort wahrscheinlich jede Erörterung der türkischen Vorstellung verweigern und einfach besagen wird, die rechtmäßige türkische Regierung müsse den Vertrag so unterzeichnen, wie er ihr übergeben worden ist, oder sie habe sich als im Kriegszustande befindlich zu betrachten. Morgen wird eine Sitzung des Obersten Rates einberufen werden, um die endgültige Entscheidung zu treffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007071-15/fragment/page=0001

Tardieus Enthüllungen und die neuen Verhandlungen in Spa

Der Streit um die Enthüllungen Tardieus über den günstigeren Frieden, den Deutschland bei einiger Festigkeit seiner Regierung hätte haben können, hat nunmehr auch den Reichstag beschäftigt. Daß Helfferich diese Mitteilungen in öffentlicher Versammlung in den Wahlkampf geschleudert hat, das hat auf der Linken, in den Kreisen der Regierung die ungeheuerste Aufregung hervorgerufen. Die Versuche aber, die Sache abzuleugnen, sie als „Legende", als Irreleitung der Wähler, als Schwindel hinzustellen, sind kläglich gescheitert. Tardieu, der als Mitarbeiter Clemenceaus auf der Friedenskonferenz genau unterrichtet war, hat in der französischen Kammer genau die Angaben Helfferichs über die Bedingungen bestätigt, unter denen die Alliierten bereit waren, Deutschland den Frieden zu gewähren. Frankreich allerdings kannte in seiner Furcht und Rachsucht keine Grenzen, aber schon damals war England durchaus nicht ohne weiteres mit seinen Forderungen einverstanden, in seinem wohlverstandenen Interesse liegt es auch jetzt noch, dessen Nachsichtigkeit nicht zu groß werden zu lassen. Die unerhörte Nachgiebigkeit der deutschen Regierung erfüllte die kühnsten Wünsche der Franzosen und bestärkte sie in ihrer Meinung, daß von diesen, seinen besten Führer bewundern, durch Aufregung und Entbehrung aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachten, von skrupellosen Agitatoren verhetzten Volk kein Widerstand auch gegen die schamlosesten Forderungen der Sieger zu erwarten sei.

Nun geruhen diese endlich mit Deutschland wenigstens insoweit in persönliche Verhandlungen zu treten, als man ihm gestattet, seine eigene Auffassung von den Möglichkeiten der Ausführung des Friedensvertrages vorzutragen. An dem Vertrag selbst hält man mit aller Starrheit fest. Ihn von Grund aus zu revidieren, würde der schon erschütterten Einheitlichkeit der Verbündeten vollends den Rest geben. Eben hat man sich über den Anteil, der jedem einzelnen Staat zufallen soll, notdürftig geeinigt, nun gilt es, die Schuld eintreiben. Da man doch nicht gut die Regierung und Auspressung Deutschlands selbst in die Hand nehmen kann, verlangt man Zusagen unserer Regierung. Wir dürfen doch wohl annehmen, daß die Enthüllung Tardieus über die verpaßten Möglichkeiten doch Eindruck auf unsere Vertreter in Spa gemacht haben. Darum, um ihnen das Gewissen zu schärfen, hat wohl auch Helfferich an erster Stelle das Wort ergriffen und die erbärmlichen Beschimpfungen der Unabhängigen mit demselben Mut in den Kauf genommen, mit dem er in Erzbergers Wespennest hineingriff. Ueber die Voraussetzungen der Verhandlungen hat unsere Regierung inzwischen Richtlinien veröffentlicht. Wenn ein Staat Verpflichtungen übernimmt, muß er mindestens wissen, wo seine Grenzen liegen, also erst muß die oberschlesische Frage gelöst sein, er muß wissen, daß seine Zotgrenze auch dort geachtet wird, wo sie im Gebiet der feindlichen Besetzung liegt. Sie verlangen ferner, daß die innere Wirtschaftsheheit Deutschlands unangetastet bleibt. Der Satz ist bielbeutig, fürchtet man etwa Einwendungen gegen den Achtstundentag, oder fürchtet man die Beschlagnahme bestimmter Staatseinnahmen für die fremden Gläubiger? Die Erinnerung des Lord d'Abernon zum englischen Botschafter in Berlin wirft ein grelles Licht auf diese Möglichkeiten, denn dieser Herr war der dem Kriege Leiter der türkischen Schuldverwaltung und hat das seinige getan, um den türkischen Staat so zu schwächen, daß sein heroischer Aufsäumen im Weltkrieg erfolglos bleiben mußte. Aber auch hier wäre, wenn man ähnliches in Deutschland versuchen wollte, die Zustimmung unserer Regierung Voraussetzung, und wir dürfen doch bestimmt annehmen, daß sie nie gegeben werden wird.

Zugleich aber verändert sich das Weltbild gar nicht im Sinne der Entente. Der Zusammenbruch der polnischen Armee ist zur Tatsache geworden, die Bolschewisten oder die Russen sind im beständigen Vormarsch. Vor 100 Jahren sah Napoleon auf St. Helena nur zwei Möglichkeiten — wird es republikanisch oder kosakisch sein? Vielleicht wird es beides zu gleicher Zeit. Sollte diese neue Gefahr nicht einigen Eindruck auf die Häupter der Entente machen?

Die deutsche Entschädigung

b. Spa, 6. Juli.

Millerand empfing die polnischen Vertreter und den Grafen Sforza, und hatte eine Besprechung mit Lord George. Die Sachverständigen haben versucht, den in Brüssel aufgestellten Grundsatz betreffend die Verteilung der deutschen Entschädigung zur Anwendung zu bringen. Sie waren sich klar darüber, daß das Prioritätsrecht auf 2½ Milliarden Goldmark, das der Vertrag von Versailles Belgien gewährt, wenn es ohne Abänderung aufrecht erhalten würde, dazu führen müßte, daß die erste zur Tilgung der deutschen Schuld bestimmte internationale Anleihe vollständig zur Sicherstellung des Belgien gewährten Privilegs dienen würde. Infolgedessen hat man Belgien vorgeschlagen, daß das Vorzugsrecht beibehalten werden soll mit dem Vorbehalt, die Summe in mehrere Teilsummen zu zerlegen, deren Bezahlung allmählich erfolgen soll. Unter dieser Voraussetzung würden die Engländer mit einem achtprozentigen Anteil von Belgien einverstanden bleiben, wie er in Brüssel festgesetzt worden ist. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden, aber in gutem Gange.

b. Spa, 6. Juli.

Nach Schluß der Zusammenkunft drückten die Finanzsachverständigen die italienische Note, in der der Standpunkt der Italiener in der Frage der Verteilung der Wiederherstellung auseinandergesetzt wird. Ohne Bezug darauf zunehmen, daß der Italien zugesprochene Anteil an der deutschen Entschädigung zehn Prozent betragen soll, stellt die italienische Note als Vorbedingung für die Zustimmung Italiens den Grundsatz auf, daß sein Anteil nicht weniger als vier Milliarden betragen soll. Außerdem soll Italien ein Vorzugsrecht bei jeder Verteilung der von Oesterreich und Bulgarien geforderten Summen haben, und besonders eine Erhöhung seines Anteils an der österreichischen Tonnage.

Polen fordert Aufschub der Abstimmung

b. Marienwerder, 6. Juli.

In der Erkenntnis ihrer bevorstehenden Niederlage suchen die Polen durch eine lebhafte Propaganda die Deutschen um ihre Erfolge zu bringen. In einem von dem polnischen Propagandakomitee in Marienwerder entworfenen und von Lügen strotzendem Protest an den Hohen Rat in Paris fordern die Polen den Aufschub der Abstimmung um mindestens zwei Jahre, und machen der Interalliierten Kommission in Marienwerder den Vorwurf der Parteilichkeit zugunsten des Deutschtums. Sie scheuen sich dabei nicht, den Deutschen eine durch nichts gerechtfertigte groß angelegte Betrügerei für den Abstimmungstag vorzuwerfen, indem sie angeben, daß auch Tausende von Verstorbenen in den Wahllisten aufgeführt seien. Zahlreiche Untersuchungen der interalliierten Kommission in dieser Richtung haben aber die Haltlosigkeit all dieser Verdächtigungen ergeben. Die polnische Verbeugung erschöpft sich aber keineswegs in Prozessen, sondern will auch mit der Tat arbeiten. Bei polnischen Deserteuren haben wir einen Geheimbefehl aufgefangen, der besagt, daß polnische Truppen zum Einrücken in deutsches Gebiet für den Fall der Abstimmungsniederlage bereit stehen. Die Truppen haben Marschbefehl in die Gegend von Garnsee und Lessen-Schönthal. Außerdem hat die polnische Propaganda durch zahlreiche Sokolvertreter einen Luftschiffdienst eingerichtet, der in den nächsten Tagen die Deutschen zu unüberlegten Handlungen verleiten soll. Die Polen haben auch bereits für den Fall ihres Einmarsches Geiseln in Aussicht genommen, wie aus dem Geheimbefehl einwandfrei hervorgeht.

Dr. v. Holtum wieder in Freiheit

b. Marienwerder, 6. Juli

Dr. v. Holtum ist heute früh gegen 9 Uhr, von Graudenz kommend, wieder in Marienwerder eingetroffen. Die Kunde von seiner Rückkehr verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Stadt. In kürzester Frist versammelte sich eine vielhundertköpfige Menschenmenge vor dem Reichshof, dem Sitz des deutschen Ausschusses in Westpreußen, um Dr. v. Holtum zu begrüßen. Im Namen der Ostpreußen und der Westpreußen sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer, worauf Dr. v. Holtum in bewegten Worten einen kurzen Abriß seiner Verschleppung durch die Polen nach Tornow in Galizien gab. Dr. v. Holtum, obgleich von seinen Strapazen sehr erschöpft, nahm seine erfolgreiche Tätigkeit als Leiter der Arbeitsgemeinschaft in Westpreußen sofort wieder auf.

11 000 Abstimmungsberechtigte täglich über See transportiert

Die Beförderung der Abstimmungsberechtigten auf dem Seewege geht außerordentlich gut vonstatten. Allein am 4. Juli sind 11 000 Personen über See abtransportiert worden. Das ist das Anderthalbfache dessen, was als Höchstleistung für den Tag in Aussicht genommen war.

Polensorgen

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Warschau, 6. Juli.

Ein gestern erlassener Aufruf des Staatspräsidenten an das polnische Volk weist mit ernsten Worten erneut auf die gefahvolle Lage hin, in der Polen sich gegenwärtig befindet. Der Aufruf fordert zum freiwilligen Eintritt in die Armee auf.

h. Bukarest, 6. Juli.

Der Leiter der französischen Militärmission Payot hat an Rumänien ein Hilfegesuch für Polen gerichtet. Die rumänische Regierung soll die Entsendung von Truppen an den Dnjester vorsehen, um den Sowjettruppen das weitere Vordringen unmöglich zu machen. Die Oberste Leitung der Operation soll in französische Hände gelegt werden. König Ferdinand von Rumänien berief daraufhin einen Ministerrat. Es stellte sich heraus, daß nur der neuernannte Außenminister Take Jonesco für ein Eingreifen zugunsten Polens war, alle anderen Minister stimmten dagegen. Infolgedessen ist das Ersuchen Frankreichs abgelehnt worden.

Noch ein Notetat

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats am Sonnabend standen Berichte der Ausschüsse über einen Gesetzentwurf zur weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 auf der Tagesordnung.

Der Reichstag soll auf Wunsch der Regierung den neuen Notetat unter allen Umständen noch vor der Vertagung verabschieden. Wie der Berichterstatter mitteilte, hat sich der Reichstag dazu bereit erklärt und es für zweckmäßig erachtet, während der Reichsrat noch in der Beratung der einzelnen Etats hände, die jenigen Etats, die von den Ausschüssen des Reichsrats bereits erledigt seien, nach Genehmigung durch das Plenum des Reichsrats zunächst dem Haushaltsausschuß des Reichstages zur Vorbereitung für das Plenum zuzuweisen.

Ueber eine Reihe von Einzeletats haben die Ausschüsse des Reichsrats bereits Beschluß gefaßt. Im allgemeinen ließen sie sich angelegen sein, mit Rücksicht auf die trostlose Finanzlage tunlichst Sparsamkeit walten zu lassen. Die Ausschüsse haben sich ferner dahin schlüssig gemacht: 1. daß die durch den Notetat geforderten Stellen alle diejenigen darstellen, die überhaupt zu fordern sind, so daß später in dem eigentlichen Etat neue Stellen nicht mehr erscheinen dürfen; 2. daß sämtliche neu zu besetzenden Stellen mit bereits im öffentlichen Reichsdienst stehenden Personen zu besetzen sind und Ausnahmen nur mit Zustimmung des Finanzministers stattfinden dürfen; 3. daß die neuen Stellen mit Wirkung vom 1. Juli zu besetzen sind. Erledigt sind bisher die Etats des Reichspräsidenten, des Reichstages, des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. Im letzten Etat sind die Stellen von zwei Kanzleiinspektoren gestrichen worden. Ferner sind erledigt die Etats des Reichsjustizministeriums, des Patentamts, des Ministeriums für Wiederaufbau und des Arbeitsministeriums. In allen diesen Etats sind Verminderungen der geforderten Stellen vorgeschlagen worden, so sind z. B. beim Reichspatentamt statt 15 Oberfeldkläre nur acht bewilligt worden. Erhebliche Abstriche sind auch beim Personal des Arbeitsministeriums vorgenommen worden. Die Vollversammlung des Reichsrats erklärte sich mit diesen Beschlüssen einverstanden.

Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über Anwendung der Meistbegünstigung auf nichtmeistbegünstigte Länder. Die Regierung wird danach ermächtigt, bis auf weiteres Waren jeder Herkunft zu den vertragsmäßigen Zollsätzen zuzulassen. — Schließlich wurde noch der Gesetzentwurf betreffend das Berner Abkommen vom 20. Juni d. J. über die Erhaltung oder Wiederherstellung der durch den Weltkrieg betroffenen gewerblichen Eigentumsrechte angenommen. Dieser Gesetzentwurf gewährt u. a. eine Verlängerung der Prioritätsfristen und gewährt auch neue Fristen, um bisher unerfüllbare Pflichten erfüllen zu können. Nach den Erklärungen der Regierung enthält der Entwurf einen erheblichen Fortschritt gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages.

Handgranaten im Ofen. Während einer starkbesuchten Versammlung, die der internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in der Tonhalle zu Hagen abhielt, um für Völkerfrieden und Völkerversöhnung zu demonstrieren, flog der in der Nähe des Rednerpultes aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Decke wurde an verschiedenen Stellen durchschlagen, sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert und Stühle und Tische durcheinandergeworfen. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene polizeiliche Untersuchung ergab, daß im unteren Teil des großen eisernen Ofens neben dem Aschkasten eine Anzahl Handgranaten-Sprengkapseln verborgen gewesen war. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarre oder Zigarette entstanden ist.

Entschädigung für die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Durch die Verordnung wird folgendes bestimmt: Die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erhalten für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zu der Körperschaft und für die folgenden acht Tage freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen, ferner eine Aufwandsentschädigung für jeden Tag, an dem sie an einer Sitzung der Vollversammlung oder eines Ausschusses teilgenommen haben. Die tägliche Entschädigung beträgt für Großberliner Mitglieder 50 Mk., für die übrigen 100 Mark. Für die Hin- und Rückreise erhalten die auswärtigen Mitglieder eine Reiseentschädigung von je 100 Mk. Dem Präsidenten ist eine Entschädigung von 1500 Mk. für jeden angefangenen Monat bewilligt.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

15] Roman von Marie Diers.

Er war an dem Hause und wollte in den Hof, aber das Hoftor war verschlossen. Wie er die Klinke niederdrückte und es nicht nachgab, da faßte ihn ein so scheußliches Gefühl, wie er es im ganzen Leben noch nicht gekannt hatte. All das Bittere und Jämmerliche, das gleichsam lose in ihm herumflatterte, seit er da von dem Stammtisch kam, zog sich zusammen, verdichtete sich und legte sich auf ihn wie ein graues Elend, aus dem gar keine Herauskommen war.

Da lehnte sich der dumme Tien an das Hoftor und weinte, daß es ihn schüttelte, eine ganze lange Weile. Und wenn er aufhören wollte, kamen wieder Stöße von innen heraus, und er schluchzte weiter.

Plötzlich kamen Stimmen und Schritte die stille Gasse herauf. Herrgott, die Stammtischrunde, die nach Hause gingen. Und er, der Apotheker! Wohin? Was tun? Wenn er jetzt weglief, da haben sie eine Gestalt rennen und bieten ihn für einen Dieb und hetzten hinterher. Wenn er ruhig vortrat, was sollte er zur Erklärung sagen? Würden sie ihm nicht gleich auf die Spur kommen? Was hatte er hier am Hoftor zu suchen? Die Apotheke, ha! Er brauchte was — er konnte die Nachtglocke ziehen — aber sie waren zu nahe, die Nachtglocke an der anderen Hausseite, er mußte die ganze Rampe entlang — alles zu spät. —

In der höchsten Not blieb er nun einfach stehen, duckte sich fest in den Winkelschatten und verharrte regungslos. Das Herz schlug ihm bis in den Hals. Wenn sie ihn sahen, dann war es das Schrecklichste, was geschehen konnte, dann konnte er sich nur selber gleich totschießen. Oder etwa — sollte er sich finnlos betrunken stellen —?

Da — Gott sei uns bei — sie kommen — der Apotheker, der kleine Referendar vom Amtsgericht. Wie sie dröhnen, Donner nachmal, die haben sitzen — he? Bleiben sie etwa stehen? Wahrhaftig dicht vor seinem Winkel! Der Apotheker hat den andern am Knopf: „Wenn ich Ihnen sage, junger Freund, ich als der Aeltere, der bei weitem Aeltere." — „Die ältesten Tiere sind die Papageien," sagte der Referendar. Blöder Witz. Sie gehen vorüber. Der Apotheker die Rampe herauf. Ja, der Kerl, der darf ins Haus — ich nicht.

Es hat den Tien doch ein klein wenig erfrischt, diese Angst und Not um seine gefährdete Männerehre im Hoftorschatten. Jetzt ist er wenigstens wieder halbwegs vernünftiger Bürger, der nachtstille Marktplatz ist entgötert. Jetzt friert ihn, und er geht nach Hause — in sein spanisches, gotisches, Louis Seize-, Louis Quartorze-, Sezessions- und Renaissance-Zuhause. Er macht alles hell, wo er geht, und läßt es brennen, wie gewöhnlich. Seine Pute schläft, er betrachtet sie mit schiefen Augen. Sie ist bleich und schmal, ein bißchen mickrig sogar, und ihr schwarzes Haar, ihre wirkliche Schönheit, die bei ihm aber nicht verfängt, liegt in zwei dicken Zöpfen über der Decke.

Wollte Gott — denkt er und weiter nichts mehr. Dann legt er sich ins Bett und heult.

Es kam der Sommer, und der wurde in diesem Jahre sehr heiß. Tien Gallöper war nun der einzige Arzt in Ringsort, hatte auch die gesamte Armenkundschaft und wurde entsetzlich viel geholt. Er war seinerzeit in die Doktorei eigentlich mehr hineingeplumpst als gegangen, seine alte Dame hatte diesen Beruf für ihn ausgesucht, ihn gut und schön befunden, und er hatte ja auch weiter nichts dawider. Weil er Glück in allem hatte, eine von Natur glückliche Hand besaß, fand er sich in der Ärzterei schnell zurecht, aber so eigentlich am Kern erfaßt, hatte er sie noch nicht.

In diesem Sommer ging ihm mancherlei auf, was er vorher nicht bedacht und nicht beachtet hatte. Er war der alte, lustige, unbehinderte Kerl nicht mehr, der über alles wegsprang in einer gesunden Oberflächlichkeit. Es waren ihm im Laufe des Winters allerhand Tropfen von Gift und Galle, Zorn, Schwermut und Not ins Blut gefallen, das ließ es langsamer und schwerfälliger fließen, da merkte er auf manches auf, das ihm früher nicht des Anblickens wert gedeucht hätte.

Alte Menschen starben ihm unter den Händen, und Kinder auch. Eine junge Frau starb im Wochenbett. Das griff ihn manchesmal über die Maßen an. Wenn er über Land heimfuhr, hockte er in seinem hübschen, blauen Halbwagen und biß sich auf die Zähne. Er war leicht zu Tränen gebracht, weichmütig und an sich selbst verzagt.

Seiner alten Mutter wurde er ganz untreu. In Wochen kam er nicht zu ihr hinauf, und wenn sie dann in ihrer Angst und Sehnsucht herunterkam und ihn besuchte, wurde er obendrein grob zu ihr. Sie solle doch bloß oben bleiben, was sie denn wolle, er sei doch kein Wickelkind mehr, und wenn er sie was zu fragen hätte, würde er schon von selber kommen. Da wurde die alte Mutter ganz blaß und klein und demütig vor ihrem groben Jungen, packte wieder auf und trug ihr zentnerschweres Herz den steilen Sandweg wieder hinauf.

Ach Gott, er hatte ja auch recht. Sie hatte ihm diese Frau aufgeredet, und nun bekamen sie keine Kinder. Ach Gott, wer konnte das voraus wissen. Aber er hatte ja recht, der Jung. Wenn sie ihm doch nur etwas zu gute tun könnte dafür. Und sie schlief nachts nicht mehr vor lauter Jammer.

Tien doktorte nun an Frauen herum, und überall wurden Kinder geboren. Stolze Väter drückten ihm strahlenden Blickes die Hand, was hatte er davon? Dann fielen Stammtischwitze, gegen die er wehrlos war. Sein ganzer unverfrorener Schneid hatte ihn verlassen, er saß da, mit rotem Kopf, dumm, hilflos, begossen. Die Gutmütigen bekamen schon Mitleid. „Laßt doch den Doktor zufrieden, jeder Mensch kann doch mal Pech haben," oder sie klopften ihm auf die Schulter. „Na, Tienchen, man nicht verzagen. Was nicht ist, kann ja noch werden."

„Quatsch", sagte Tien wütend. Er ging nun viel Wochen nicht an seinen Stammtisch. Wie er dann wiederkam, war er noch verlegener. Es war zum Teufelholen, keine Jacke paßte ihm mehr, er mochte sie so anziehen oder so.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007071-15/fragment/page=0002

Aenderung des 10%igen Lohnabzuges

Der neue Gesetzentwurf wurde im Reichstag gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen

Vertagung des Hauses auf unbestimmte Zeit

9. Sitzung.

w. **Berlin**, 6. Juli.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. **Hoch** (Soz.) fragt, wie weit die nach der Revolution eingeleitete Untersuchung in der Angelegenheit der Veröffentlichung des „Vorwärts" vom 6. März gediehen sei, der zufolge ein Zentrumsabgeordneter im Ausschuß für Handel und Gewerbe im Februar 1917 erklärt habe, daß das Reich durch die Eisen- und Stahlindustriellen um hunderte von Millionen geschädigt worden sei. Obwohl diese sich geweigert hätten, die verlangten Selbstkosten-Ausweise vorzulegen, hat ihnen die Kriegs-Rohstoffgesellschaft stets höhere Preise bewilligt. Helfferich wird als Zeuge genannt, desgleichen Dr. Vögler von der Deutsch-Luxemburgischen Aktien-Gesellschaft, der Vertrauensmann der Kriegsrohstoffgesellschaft für Preisfragen war.

Ministerialdirektor Mälder erwiderte, die Vorgänge seien der Regierung bekannt. Eine Denkschrift sei darüber dem Parlament zugegangen, außerdem ist den Interessenten Einsicht in die Akten des Untersuchungsausschusses gestattet worden. Auf eine im Oktober 1915 ergangene Anfrage sei eine neue Kommission gebildet worden, deren Ergebnis dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß vorgelegt worden sei. Was daraus geworden ist, ist der Regierung nicht bekannt.

Abg. **Deglerk** (Dtschnl.) fragt, weshalb die Mineral-Oel-Versorgungsgesellschaft noch 996,50 Mark für 100 Kilogramm Benzin verlange, während amerikanisches Benzin zum Preise von 9,75 M. für das Kilogramm in Hamburg zu haben sei.

Ein **Regierungskommissar** erwiderte, der Preis entspreche im allgemeinen dem Weltmarktpreise. Wegen der Einzelheiten der Anfrage werde es am besten sein, sich an den Reichswirtschaftsrat zu wenden.

Die deutschnationalen Abgeordneten **Mumm** und Genossen fragen nach der Rückbeförderung der in Sibirien und Mittelasien weilenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

Reichskommissar Stücklen erwidert, die aus Ostasien zu erwartenden Gefangenen seien zum Teil schon hier, zum Teil noch unterwegs, jedenfalls sei die Gegend östlich des Baikalsees bereits geräumt. Was die Gefangenen aus Sibirien westlich des Baikalsees betreffe, so sei hier das Rote Kreuz mit der Vermittlung befaßt.

Unter Hinweis auf die Tatsache, daß nunmehr bereits 7 Minister im Auslande weilen und die Einberufung der anderen ebenfalls zu erwarten steht, teilt Präsident **Loebe** mit, daß der Reichskanzler anheimgestellt habe, die Reichstagsverhandlungen bis nach Beendigung der Konferenz in Spa zu vertagen.

Das Haus schließt sich diesem Ansuchen an, setzt die noch auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen ab und schreitet dann zur Beratung des Antrages Allekotte (Ztr.).

Abg. **Allekotte** (Ztr.) begründet den Antrag, dessen Tragweite darin besteht, bei Einkommen bis zu 15 000 Mark für jeden Arbeitstag 5 Mark steuerfrei zu lassen und für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person täglich 1,50 M. Andererseits soll bei Einkommen von 15 000 bis 30 000 Mark der Steuersatz auf 15 Prozent erhöht usw. stufenweise bis bei Einkommen von 500 000 Mark auf 50 Prozent erhoben werden.

Abg. **Eichhorn** (U. S.): Seine Partei lehne den Antrag ab und die völlige Aufhebung der Steuern könne hier helfen.

Abg. **Dr. Braun** (Soz.) stimmt für seine Partei für den Antrag.

Abg. **Leopold** (Deutschn.): Ueber die Ausführungen des unabhängigen Redners bin ich erstaunt. Im Ausschuß waren die Herren rücksichtslos für diesen Gesetzentwurf. (Hört! Hört!) Wir haben feinerzeit die Bestimmungen über den Lohnabzug abgelehnt, weil wir diese Schwierigkeiten voraussahen. Wir waren uns klar, daß durch dieses Gesetz das Verhalten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das im Interesse des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft gepflegt werden sollte, erschüttert wird. In Konsequenz dieses Standpunktes hatten wir die Aussetzung des Steuerabzugsverfahrens beantragt. Wir bedauern, daß diesem Antrag nicht stattgegeben ist. Wir haben an den weiteren Beratungen tatsächlich teilgenommen, ohne unseren grundsätzlichen Standpunkt aufzugeben. Wir haben es getan, um so schnell wie möglich die Härten des bisherigen Verfahrens zu beseitigen. Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu, erwarten jedoch, daß die Finanzkommission mit den Ausführungsbestimmungen bezüglich der Landwirte usw. bei der Rechnung der Naturalienbezüge auf ihren Gesichtspunkt Rücksicht nimmt. Wir erwarten ferner, daß bei Verstößen gegen diese Bestimmung auf diese Schwierigkeiten Rücksicht genommen wird. (Beifall rechts.)

Es entspinnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen über das, was im Ausschuß gesagt oder nicht gesagt sei. Diese Erörterungen werden noch in einer Reihe persönlicher Bemerkungen fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf wird sodann in allen drei Lesungen angenommen.

Das Diätengesetz für die Reichstagsabgeordneten gelangt sodann zur Verhandlung.

Der Geschäftsordnungsausschuß hat insofern eine Aenderung eintreten lassen, als für unentschuldigtes Fehlen 60 Mark statt 100 Mark von der Entschädigung abgezogen werden sollen. (Paragraph 3).

Berichterstatter **Dr. Spahn** (Ztr.) beantragt die möglichst debattelose Annahme.

In der Einzelberatung erklärt sich Abg. **Lebebour** (U. S.) gegen den Paragraphen 3.

Der Paragraph wird gegen die Unabhängigen angenommen, ebenso der ganze Entwurf. Desgleichen wird der Gesetzentwurf über die Anwendung der Meistbegünstigung auch nicht meistbegünstigter Länder ohne jede Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Zum Gesetzentwurf über die vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Uebergangswirtschaft verlangt Frau **Zietz** (U. S.) genauere Beratung dieser wichtigen Angelegenheit, die in der Kommission so lange liegen geblieben sei.

Die erste und zweite Lesung wird erledigt. Gegen die dritte Lesung erhebt Abg. **Rosenfeld** (U. S.) Widerspruch.

Das Haus vertagt sich alsdann auf unbestimmte Zeit.

Präsident **Loebe** gedenkt zum Schluß der am kommenden Sonntag erfolgenden Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Möge der kommende Sonntag eine überwältigende Kundgebung für das deutsche Vaterland werden. Manch ergreifendes Bekenntnis zur Heimat ist in diesen letzten Tagen zu uns gelangt. Das tausendfache Bekenntnis dort bei Euch ist unsere Heimat, unser Vaterland. Aus diesem Bekenntnis heraus hoffen wir auch für das Abstimmungsgebiet in Ost- und Westpreußen. Bleibt getreu! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen, an dem sich auch die Tribünen beteiligen.)

Schluß 4 Uhr.

Feuer im Reichstagsgebäude

w. **Berlin**, 6. Juli.

Heute nachmittag kurz vor 2 Uhr brach im Reichstagsgebäude Feuer aus. Der Fahrstuhl zur Journalistentribüne war infolge Schleifaufens des Stuhles in Brand geraten. Die Flammen schlugen bis an die oberen Stockwerke. Der Fahrstuhlführer Hoppe, der zufällig allein den Fahrstuhl bediente, wäre rettungslos verloren gewesen, hätten nicht die Journalisten aus den oberen Stockwerken große Wassermengen in den brennenden Fahrstuhl geschüttet. Hoppe konnte schließlich aus dem Fahrstuhl befreit werden und wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Brand konnte bald gelöscht werden.

Der preußische Staatshaushaltsetat

Preußenparlament

w. **Berlin**, 6. Juli.

Die Vertreter der Regierung beantworten zunächst eine Reihe von Anfragen. Darnach entbehren die Gerüchte von einer beabsichtigten Schließung oder Verlegung der Universität Marburg jeder Begründung. Die Studentenausschüsse werden schon jetzt nach dem Verhältniswahlsystem gewählt. — Die Ausstellung von Erlaubnisscheinen zum Sammeln von Beeren und Pilzen in den Staatswaldungen erfolgt auch in diesem Jahre gegen eine Gebühr von 5 Pfg.

Ein Ergänzungsgesetz zum Notetat zur Einrichtung eines Fürsorgeamtes für Beamte aus dem Grenzgebiet geht an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Staatshaushaltsetats.

Abg. **Dr. Rade** (Dem.): Ich beantrage, den Etat ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Zur großen politischen Debatte ist diese Zeit nicht angetan.

Abg. **von der Osten** (Dn.): Mit der Schlußfolgerung bin ich einverstanden, den Antrag selbst aber müssen wir zurückweisen. Wir können, ohne die großen Interessen in Spa irgendwie zu gefährden, sehr wohl in eine sachliche Erörterung eintreten.

Abg. **Siering** (Soz.): Da dem Antrage der Demokraten schon im Aeltestenrat von drei Parteien widersprochen worden ist, war erwartet, daß er nicht mehr eingebracht werden würde.

Abg. **Porsch** (Ztr.) und **Dr. Krause** (D. Vpt.) sind für den Antrag Rade.

Abg. **Ludwig** (U. S.) ist dagegen.

Der Antrag Rade ist infolge des erhobenen Widerspruches erledigt.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Finanzminister **Lüdemann**: Der Etat konnte nicht früher eingebracht werden, weil es wegen der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse den meisten Verwaltungen an den erforderlichen Unterlagen fehlte. Der Etat unterscheidet sich wesentlich von seinen Vorgängern, denn er bezieht sich auf verkleinertes Land und eine verkleinerte Verwaltung. Die Steuer- und Eisenbahnverwaltung ist auf das Reich übergegangen. Jetzt muß der Beamten- und Verwaltungsapparat den verkleinerten Bedürfnissen angepaßt werden. Die Einnahmen und Ausgaben werden geschätzt auf 5,6 Milliarden gegen 9,8 Milliarden im Vorjahre. Das Jahr 1919 wird mit einem Fehlbetrage von 4 Milliarden abschließen. Die Haupteinnahme des neuen Etats ist der Anteil an einer Reichseinkommensteuer. Wesentlich mehr Einnahmen ergeben sich bei der Forstverwaltung aus den Holzverkäufen. Neu in dem Haushaltsplan sind die Ausgaben für das Wohlfahrtsministerium. Bei der Aufstellung des Etats ist überall nach den Grundsätzen größter Sparsamkeit verfahren worden. Der Stand der preußischen Schulden war am 1. April 10,6 Milliarden funktionierte und 14,6 Milliarden schwebende Schulden. Diese Schulden gehen infolge des Eisenbahnabkommens auf das Reich über. Preußen wird dadurch zwar schuldenfrei, bleibt aber in der Lage des selbstschuldnerischen Bürgens. Die Finanzlage Preußens ist recht schlecht geworden. Für mehr als zwei Milliarden laufende Ausgaben ist noch keine Deckung vorhanden. (Hört, hört!) Die Finanzlage des Etats ist sehr ernst. Mit der Vereinfachung der Verwaltung und Rechtsprechung muß Ernst gemacht werden. Vielleicht kann man alle Betriebsverwaltungen in einer Hand vereinigen. (Sehr richtig!) Wenn alle Zweige der Verwaltung sich bemühen, mit kleinsten Aufwänden das Größte zu leisten, dann brauchen wir auch jetzt noch nicht an Preußens Zukunft zu verzweifeln. (Beifall.) Die Redezeit wird auf eine Stunde beschränkt.

Abg. **Wolff** (Soz.): Die Wahlen zum Reichstage haben eine veränderte politische Lage geschaffen. Die Rechte hat den Wahlkampf mit den verwerflichsten Mitteln geführt. (Lachen rechts.) Auch die Anschauungen der äußersten Linken teilen wir nicht, sie treiben ihre Politik von dem Standpunkt der Parteitaktik, aber nicht der wirtschaftlichen Not wegen. Die Arbeitgeber sollten sich vor Stillegung der Betriebe hüten, selbst wenn sie zeitweilig mit Verlust arbeiten, sonst vermehrt sich die Arbeitslosigkeit noch mehr und wird eine Quelle der Unruhen. Der Kessel steht schon jetzt auf Hochspannung. Wir kommen zu einer Katastrophe, wenn nicht bald eine energische Sozialisierung einsetzt. Wir werden nach Kräften mitarbeiten, daß wir zur Wiedererstarkung kommen. Das deutsche Volk kann nicht untergehen und man wird es auch nicht streichen können in der Reihe der Kulturnationen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Miehl-Fulda** (Ztr.): Bei der jetzigen rücklaufigen Konjunktur in Handel und Gewerbe wird es schwer fallen, zu einem Ausgleich im Etat zu kommen. Ich fürchte, daß die Einkommensteuerbeträge hinter den Schätzungen zurückbleiben werden. Trotz der finanziellen Not beschäftigen uns neue Vorlagen, die über 430 Millionen Mark erfordern und die wir im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und die Volksbedürfnisse nicht ablehnen können.

Abg. **Dominicus** (Dem.) bittet, nachdem er zunächst der ostpreußischen Abstimmungsgebiete gedacht hatte, den Finanzminister, dafür zu sorgen, daß die Steuerverwaltung ihren schwierigen verwaltungstechnischen Aufgaben mehr gerecht wird als bisher. Das Ausführungsgesetz zu den neuen Steuern ist so kompliziert, wie wir noch keins gesehen haben. Für die Ersparnisse, die gemacht werden sollen, wäre es gut, ein einheitliches Programm aufzustellen. Die Kanalvorlage bedarf der schnellsten Verabschiedung, um neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Arbeitslosenfürsorge müssen wir einschränken. Von den öffentlichen Beamten müssen wir verlangen, daß sie fest auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. **von der Osten** (Dn.): Wenn nicht größere Sparsamkeit einsetzt, ist die finanzielle Katastrophe unvermeidbar. Bedauerlich ist die vom Minister Lüdemann aufgestellte Forderung, daß alle Beamten sich als gute Republikaner und echte Demokraten fühlen müßten, das widerspricht der Reichsverfassung, die von Beamten volle Freiheit der politischen Meinung gewährleistet. Die Neuwahlen sollten auch in Preußen so früh wie möglich stattfinden. Wir ersuchen die Regierung, das Wahlgesetz in der nächsten parlamentarischen Pause fertigzustellen. In der Verfassung wünschen wir eine Kammer der Arbeit festgelegt zu sehen, die als zweite Kammer manches Unheil verhüten könne. In wirtschaftlicher Beziehung muß sich alle Fürsorge der Kräftigung der Landwirtschaft und Industrie zuwenden.

Abg. **Leid** (U. S.): Nach den Wahlen im Reich hat diese Landesversammlung gar keine Existenzberechtigung mehr. Wir halten es daher auch für möglich, daß die Beratung dieses Etats nicht zu Ende geführt werden kann. Wir fordern die schleunige Ausschreibung der Neuwahlen. Des weiteren verlangen wir die Bestellung des Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit. Der Klassenkampf muß zum Sozialismus führen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Beratung wird abgebrochen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über Neuregelung der evangelischen Kirchenverfassung in den älteren Provinzen in erster Lesung erledigt, ebenso die Novelle zum Pfandleihgesetz.

Eine Reihe weiterer Gesetzentwürfe wird ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen, darunter der Gesetzentwurf auf Einführung einer Altersgrenze (Zwangspensionierung).

Präsident **Leinert** wendet sich gegen einen Vorwurf der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei und der „Deutschen Tageszeitung", er hätte die Nachprüfung der Besoldungsgesetze verschleppt.

Abg. **Oelze** (Dn.): An der loyalen Geschäftsführung des Präsidenten hat die Korrespondenz in keiner Weise gezweifelt. Wir teilen aber die Ansicht des Präsidenten über die Auslegung der Geschäftsordnung nicht, daß der Besoldungsausschuß nicht mehr zur Nachprüfung der Besoldungsgesetze befugt gewesen sei.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Kleinere Vorlagen.

Schluß: 6¾ Uhr.

Deutschnationale Parlamentsarbeit

Heimarbeit und Arbeitslosenversicherung.

Die deutschnationale Führerin der Heimarbeiterinnen, Margarete Behm, stellt im Reichstage folgende Anfrage:

„Wie aus einer Eingabe des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen hervorgeht, ist in dem Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiterinnen) nicht vorgesehen. Diese Tatsache hat in den betreffenden Arbeiterinnenkreisen schwere Enttäuschung hervorgerufen.

Welche Gründe sind für die Ausschließung der Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiterinnen) maßgebend gewesen?

Ist die Reichsregierung bereit, entsprechend dem Antrage des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen in eine Nachprüfung dieser Angelegenheit einzutreten und die Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiterinnen) in die Arbeitslosenversicherung einzugliedern?"

*

Wieder der Lohnabzug! Der Reichsfinanzminister hat nunmehr seinen Erlaß, wonach vom 25. Juni ab für den Geldwert der Beköstigung, der Deputate usw. ebenfalls 10 Proz. bis zur Höhe des Barlohns einbehalten werden sollten, widerrufen. Angeblich, weil die Bewertung der Natural- und sonstigen Sachbezüge durch die Versicherungsämter nicht gleichmäßig gehandhabt wird. Es sollen deshalb zunächst nur 10 Prozent des Barlohns einbehalten werden. Die Einbehaltung der weiteren Abzüge auf Natural- und sonstige Sachbezüge (Beköstigung usw.) soll erst am 1. August in Kraft treten. Wer bereits auf Natural- und Sachbezüge Steuermarken geklebt hat, muß nun also sehen, wie er sein Geld wiederbekommt.

Antrag betr. die Regelung der Schlichtungsausschüsse.

Abg. **Arnstadt** und Genossen beantragen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. die gesetzliche Regelung der Schlichtungsausschüsse mit größter Beschleunigung herbeizuführen;
2. bis zum Inkrafttreten dieser gesetzlichen Regelung auf Grund des Gesetzes vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 394) — um ein Verderben erheblicher Teile der Ernte zu verhüten und um hierdurch die Volksernährung sicherzustellen — unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche
   a) Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben — als lebensnötige Betriebe —, insbesondere während der Saat- und Erntezeit vor Anruf und Entscheidung der zuständigen Schlichtungsausschüsse verboten werden,
   b) Maßregelungen und terroristischen Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird;
   c) Maßnahmen getroffen werden, welche die Durchführung der Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse sicherstellen.

Eine Anfrage an den Reichspräsidenten

Sowohl den englischen als auch den französischen Botschafter hat bei deren Antrittsbesuch der Reichspräsident Ebert im Namen der Regierung „der deutschen Republik" begrüßt. Art. 1 der Weimarer Verfassung nennt aber ebenso wie die Ueberschrift ausdrücklich als Bezeichnung unseres Staates „das Deutsche Reich". Weshalb hat der Herr Reichspräsident diese verfassungsmäßige Bezeichnung ersetzt durch „die deutsche Republik"?

Warenhausdiebstahl. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist in einem Warenhause in der Bahnhofstraße in Schleiz eingebrochen worden. Gestohlen wurde ein großer Posten Stoffe, Wäsche usw. im Gesamtwerte von ungefähr 150 000 Mark. Es ist eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt worden.

Halle und Umgebung

Halle, 7. Juli.

Die Ermordung des Bergrats Dr. Vogelsang

vor dem Schwurgericht.

Montag nachmittag begann die Verhandlung über die Ermordung des Bergrats Dr. Vogelsang vor dem Schwurgericht. Dr. Vogelsang ist bekanntlich am 15. März in Eisleben von kommunistischen Arbeitern erschossen worden. Als Hauptangeklagte standen Werkmeister Koch, Zimmermann Engel und Bergmann Saalfeld vor den Geschworenen. Sie hatten sich wegen vorsätzlichen Totschlags, Tötungsversuch, Nötigung, Hausfriedensbruch und unbefugten Waffentragens zu verantworten. — Wir kommen auf die Verhandlung ausführlich zurück.

— **Bad Wittekind.** Das wegen ungünstigem Wetter am 30. Juni ausgefallene Abendkonzert vom Philharmonischen Orchester und der Kapelle des Reichswehr-Landesjäger-Regiments Nr. 82 findet morgen Mittwoch abends 8 Uhr statt. Bei gutem Wetter wird um 9½ Uhr großes Prachtfeuerwerk von der pyrotechnischen Kunstanstalt C. H. Pfeiffer abgebrannt werden. (Siehe Anzeige in voriger Nummer.)

Familien-Nachrichten

Verlobung: Eva Sack und Dr. med. Ernst Hassencamp.

Todes-M.: Am 8. Juli Maurer Karl Graß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007071-15/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Wirtschaftliche Rundschau

Die wirtschaftliche Programmrede des neuen Reichskanzlers hat im allgemeinen eine wohlwollende Beurteilung erfahren. Aber letzten Endes kommt es ja viel weniger auf Worte als auf Taten an, und deshalb kann man es begrüßen, daß der Reichskanzler die Regierung nicht etwa auf ein überstürzendes Tempo in der Durchführung des Sozialisierungsprogramms festgelegt hat. Vaterländisches Pflichtgefühl gebietet zunächst einmal abzuwarten, wie sich die bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen in der Praxis bewähren werden. In dieser Beziehung dürfen wir zu dem neuen Kabinett das Vertrauen hegen, daß es sich nicht durch die Angst vor der Strafe zu Experimenten mißbrauchen lassen werde, die in jedem Falle verhängnisvoll werden müßten. Erwartungsvoll sieht man der Wirksamkeit des neuen Reichswirtschaftsministers entgegen; ihm sind allerdings die Hände bis zu einem gewissen Grade gebunden durch die Erklärung des Reichskanzlers: „Eine Besserung unserer Versorgung darf besonders von der begonnenen Lockerung der Zwangswirtschaft erwartet werden. Allerdings kann bei den heutigen Ernährungsverhältnissen die Forderung nach völliger Wiederherstellung des freien Verkehrs für die wichtigsten Nahrungsmittel noch nicht erfüllt werden. Unsere Ernährungspolitik muß von dem Grundsatze geleitet sein, daß in Zeiten der Knappheit der Staat einem jeden die Befriedigung seines dringendsten Bedarfs zu erschwinglichen Preisen sichern muß. Es kann nur ein planmäßiger Abbau in Frage kommen, der dem jeweiligen Stande der Produktion und der Versorgung Rechnung trägt. Auf den zahlreichen Gebieten jedoch, auf denen eine öffentliche Bewirtschaftung keine unbedingte Notwendigkeit mehr ist, auf denen der freie Handel eine bessere und billigere Versorgung herbeiführen kann, wird der Abbau mit Beschleunigung weitergeführt werden."

Das ist immerhin ein anderer Ton, als wir ihn von den Reichskanzlern Bauer und Müller sowie dem Reichswirtschaftsminister Schmidt bezüglich der Zwangswirtschaft gewöhnt waren, und mit Freude wird auch der freie Handel begrüßen, daß die gegen ihn herrschende Animosität, die sich in dem Ausdruck „verantwortungslos" Luft schaffte, in der neuen Regierung keinen Platz mehr hat. Aber vor weitgehenden Hoffnungen bezüglich der Beseitigung der Zwangswirtschaft wird man sich auch jetzt noch bewahren müssen. Der Wirtschaftsminister Dr. Scholz wird einen energischen Kampf gegen die Wirtschaftsstellen führen müssen, die schließlich nur noch für die Befriedigung des Selbstinteresses ihre „verdienstvolle" Tätigkeit entfachten.

Vor allem kommt jetzt die Wiederaufrichtung unseres Außenhandels in Betracht, nachdem er infolge der verfehlten Wirtschaftspolitik der demokratisch-sozialistischen Regierung mehr und mehr unterbunden worden ist. Von namhaften Stellen sind die gewaltigen Schäden der staatlichen Ausfuhrkontrolle in Verbindung mit den Ausfuhrabgaben bezeugt worden. Wir kennen aber auch die anderen Gründe, die unsere lebhaft entwickelten ausländischen Handelsbeziehungen über alles Erwarten schnell zum Stillstand gebracht haben: die maßlose Lohntreiberei, Arbeitsunlust und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeiterschaft ist jetzt einfach vor die Frage gestellt, ob sie durch vermehrte Arbeitsleistung bzw. Lohnermäßigungen zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Erzeugnisse auf dem Weltmarkt beitragen oder das Heer der Arbeitslosen vermehren wolle. Daß Lohnerhöhungen jetzt ermöglicht werden können, unterliegt keinem Zweifel mehr, denn Preisermäßigungen für wichtige Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände, namentlich in der Bekleidungsindustrie, sind bereits zu verzeichnen. Ob sie Bestand haben werden, ist freilich fraglich angesichts der stark zunehmenden Verelendung unserer Reichsfinanzen. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth stellte soeben unsere Reichsschuld auf 265 Milliarden fest, das Defizit bei den Reichseisenbahnen auf mehr als 15 Milliarden, das der Reichspost auf 1 Milliarde. Dazu das steuerliche Erdrosselungssystem, das trotzdem keine Aussichten eröffnet, unseren beseitigten Verpflichtungen nachzukommen. Man sucht vergeblich nach dem starken Mann, der Hilfe aus größter Not bringen könnte. In der Tat ist der Ausblick trostlos, da es bislang unmöglich ist, selbst mit allen zu Gebote stehenden Hilfsmitteln unsere Reichsfinanzen gesunden zu lassen. Man wagt es kaum auszudenken, welchem furchtbaren Unglück wir rettungslos verfallen müssen, und doch weiß man, daß Selbsttäuschung die Lage eher verschlechtern als verbessern muß.

Unserer Valuta, die sich während der letzten Monate wesentlich gebessert hatte, harrt ein böses Schicksal. Weitblickende Finanzpolitiker hegen schon keine Zweifel mehr, daß sie in naher Zeit wieder den Stand vom Januar-Februar erreichen, vielleicht sogar noch unterschreiten werde. Das müßten auch die Orientländer erkennen, die jetzt in Spa mit Deutschland über dessen Lebensschicksal die letzte Entscheidung treffen sollen. Was wir bisher erfahren haben, läßt aber die Absichten unserer ehemaligen Feinde in sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen, und es wird von deutscher Seite große Mühe und Intelligenz aufgewandt werden müssen, um Vertrauen zu unseren redlichen, auf die Erfüllung des Versailler Friedensvertrages gerichteten Bestrebungen zu erwecken und insbesondere Frankreich und England davon zu überzeugen, daß ihr Schicksal mit dem des Deutschen Reiches eng verbunden ist.

Von diesem Gesichtspunkt sind auch die Machtmittel zu beurteilen, die uns zugestanden werden sollen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Täuschen man sich doch nicht über die bolschewistische Gefahr. Die Regierung ist über die Bildung und Stärke der roten Armee ziemlich genau unterrichtet; die jetzt in zahlreichen Städten einfreßenden Lebensmittelwucherer sind Vorläufer des Bolschewismus. Mögen doch Erzeuger und Händler sich davon überzeugen lassen, welchen Gefahren sie entgegentreiben durch die Verteuerung wichtiger Lebensmittel, deren Preisbildung jetzt alle natürlichen Grundgesetze verleugnet. Ihre Aufgabe ist es, durch Maßhalten weiteren Unruhen vorzubeugen; versäumen sie diese Pflicht, so werden sie sich nicht zu wundern brauchen, wenn in breiten Massen des Volkes das Mitgefühl für ihre Dranglasierungen abstumpft.

Handel, Industrie, Handwerk

Kalkverteilung für Juli, August und September. Die Kohlenversorgung der Kalkwerke hat sich in den Monaten Februar und März gebessert, ist aber im April leider wieder zurückgegangen. Der Schwemmsteinindustrie, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft konnten infolge der besseren Brennstoffversorgung der Kalkwerke größere Mengen Kalk zugeführt werden als in den ersten Monaten des Jahres. Durch die Stockung der Bautätigkeit ist eine gewisse Sättigung des Marktes an Baukalk eingetreten, während der Mangel an Weißkalk nach wie vor sehr groß ist. Die von vielen Seiten angestrebte Lockerung der Kalkbewirtschaftungsbestimmungen, insbesondere der Wegfall der Dringlichkeitsbescheinigungen der Bezirkswohnungskommissare, konnte noch nicht durchgesetzt werden, da die maßgebenden Stellen den Ueberfluß an Baukalk nur als vorübergehend betrachten und baldige rege Wiedereinstellung der Bautätigkeit erwarten. Die vorgeschlagene Kalkverteilung für Juli, August und September wurde unter Annahme einer gleichbleibenden Brennstofflieferung einstimmig wie folgt beschlossen: Eisen- und Stahlwerke 50 000 To., Kalksticktoffabriken 35 800 To., Chemische Industrie 30 000 To., Kokereien und Gasanstalten 4000 To., Landwirtschaft 40 000 To., Baugewerbe 78 000 To., Kalksandsteinfabriken 12 500 To., Schwemmsteinfabriken 10 000 To., zusammen 260 300 To.

*tzk. **Betriebseinstellung einer Brauerei.** Die seit dem Jahre 1813 bestehende Barfüßer-Brauerei von Erich Kerl in Langensalza hat am 1. Juli 1920 ihren Betriebe eingestellt. Von den früheren zehn hiesigen Brauereien ist nunmehr nur noch eine im Betrieb.

Eisenbau Schiege Akt.-Ges. in Paunsdorf-Leipzig. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 Proz. fest und beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 2 auf 4 Mill. Mark. Die neuen Aktien, die für das laufende Geschäftsjahr voll dividendenberechtigt sind, werden einem Konsortium zum Nennwert überlassen, das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Die Aussichten wurden als günstig bezeichnet. Das Unternehmen verfügt seit dem 1. Mai über einen Auftragsbestand von 33 Mill. M., von dem die Hälfte auf das Ausland entfällt.

Ermäßigung der Stahlformaufpreise. Der Verein deutscher Stahlformgießereien in Düsseldorf hat die Verkaufspreise für Stahlformgußstücke, normaler Konstruktion ab 1. Juli 1920 um 10 Proz. ermäßigt.

* **Elektrolytkupfer.** (Notierung d. Ver. f. d. Elektr. Notiz) 1620 Mark.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei etwas lebhaftem Geschäft auf einigen Gebieten war heute die Börse wiederum fest veranlagt, doch traten im Verlaufe nach der bereits seit mehreren Tagen währenden Festigung verschiedentlich Realisationsneigungen zutage. Petroleumwerte hatten heute bei geringen Schwankungen stilleres Geschäft, dagegen ging es geräuschvoll in Montan-, Kali- und Kolonialwerten etwas lebhafter zu. Von letzteren erreichten Otavi den Kurs von 860, ohne ihn indessen behaupten zu können. Am Montanmarkt stiegen wiederum oberschlesische Papiere, ferner Hoesch, Rheinische Braunkohlen und Thale mit mehr als zehnprozentiger Besserung bei guter Nachfrage, wogegen Farb-, Elektro- und Schiffahrtsaktien wiederum ruhiger lagen. Immerhin sind hier Aktien-Gesellschaft für Anilin, A. E. G. und Felten u. Guilleaume um 10 Prozent höher. Deutsche Waffen- und Schantungbahn-Aktien setzten ihre Steigerung fort. Der Bankenmarkt blieb still. Nationalbank gewann auf die bekannte Verschmelzung 2 Prozent. Von österreichischen Papieren waren Staatsbahn und Südbahn um etwa 10 Prozent höher. Am Rentenmarkt hat sich nichts von Bedeutung ereignet. Die Devisenkurse behaupteten ungefähr ihren Stand.

Produktenbericht. Das Geschäft am Hafermarkt war zwar heute etwas weniger umfangreich, doch gehen die Preise bedeutend weiter in die Höhe. Als Käufer traten in der Hauptsache die Verbraucher auf. Das Angebot war knapp. Die Preissteigerung auf dem Hafermarkt hat auch die Preisbewegung für Hülsenfrüchte nach oben beeinflußt, was besonders für Ackerbohnen und Lupinen gilt. In übrigen hat sich nichts wesentliches geändert. Wetter heiter.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 6. Juli. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	1075/1100	Banca-Straits-Zinn	4000/4100
Elektrolytkupfer	—	Zinn	—/—
Orig.-Hütten-Weichblei	475	99% Hütten-Zinn	—/—
Remelting-Platten-Zink	590/600	99% Rein-Nickel	3600/3800
Hütten-Rohzink	360/375	Antimon-Regulus	725
Orig.-Hütten-Aluminium	2100/2300		

Haternotierungen:

Berlin, 6. Juli. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen 2940—3000 loko ab Bahn —,— Mark, sofortige Abladung ab Abladestationen 2760—2820 Mark. Tendenz: fest.

Devisen-Notierungen:

	Berlin, 6. Juli.				
	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1333,65	1336,35	New-York	37,45	37,55
Brüssel-Antwerp.	342,15	342,85	Paris	326,15	326,85
Christiania	643,35	643,65	Schweiz	674,30	675,70
Kopenhagen	625,35	626,65	Spanien	600,40	601,60
Stockholm	834,15	835,85	Wien (alles)	22,22	22,28
Helsingfors	167,30	167,70	Oesterreich abgest.	26,22	26,28
Italien	232,25	233,75	Prag	85,27½	86,47½
London	148,97½	149,27½	Budapest	23,72	23,78

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Uebersee-El.	—,—
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74,60	Deutsche Erdöl	1430,
5% Deutsche Reichsanl.	79,50	Deutsche Gasglühl.	5000,
4% „ „	72,—	Deutsche Kali	477,—
3½ „ „	64,10	Deutsche Waff. u. Mun.	388,—
3 „ „	61,50	Donnersmarkhütte	326,—
4 Preuss. Konsols	69,50	Döring u. Lehrmann	141,50
3½ „ „	60,20	Dürkoppwerke	449,75
3 „ „	55,30	Elberfelder Farben	389,—
4 Charl. Stadtanl. 09/06	94,—	Engelhard Brauerei	—,—
4 Magdeb. Stadtanl. 9/06	97,—	Felten u. Guilleaume	467,76
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gasmotoren Deutz	173,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	98,50	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,50	Gebhardt u. König	250,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	98,50	Gelsenkirch. Bergb.	319,—
4 „ „	—,—	Glanzstoff Zuckerfbr.	458,—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	477,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	26,50	Hann. Masch.	335,—
4 Ungar. Gold-Rente	37,75	Harpener Berg	312,—
4 Ungar. Kronen-Rente	29,10	Hasper Eisen	576,—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	268,—
Halberstadt-Blankenb.	77,—	Höchster Farbw.	250,—
Halle-Leitzkerder	62,—	Hosech Eisen u. Stahl	367,75
Schantungbahn	65,—	Hohenlohe-Werke	190,—
Allg. Lokal-Str.	13,—	Humboldt-Masch.	165,—
Gr. Berl. Str.	133,50	Ilse-Bergbau	350,—
Magdeburger Str.-B.	146,—	Kahla-Porzellan	429,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	420,—	Kaliw. Aschersleben	377,—
Orientbahn	198,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	—,—
Hambg. Paketfahrt	185,—	Lahmeyer u. Co.	175,—
Hambg.-Südamerika	239,50	Lauchhammer	215,—
Deutsche Bank	183,—	Laurahütte	225,50
Nordd. Lloyd	180,—	Lingel, Erfurt	—,—
Banken:		Linke u. Hofmann	354,—
Bank für Thür.	183,—	Ludwig Loewe u. Co.	271,—
Berl. Handelsges.	201,50	Lothringer Hütten	331,—
Comm u. Diskontobank	161,50	Mannesmannröhren	361,—
Darmstädter Bank	151,—	Maschinenfabr. Buckau	228,—
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	269,—
Deutsche Bank	256,—	do. Caro Heg.	275,—
Diskonto-Comm.	207,50	do. Kokswerke	419,—
Dresdner Bank	173,—	Orenstein u. Koppel	266,—
Credit-Anst. Leipzig	151,25	Phönix-Bergb.	419,7½
Mitteld. Creditbank	140,—	Rhein. Metall-Vorz.	605,7½
„ Privat-Bank	158,50	Rhein. Stahlwerken	332,—
Nationalbank	157,—	Riebeck. Montan	300,—
Oesterr. Kredit	95,50	Rombacher Hütten	272,—
Reichsbank	149,7½	Rositzer Braunk.	319,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	320,—
Schultheiss-Brauerei	233,—	Sangerhäuser Masch.	420,—
Akt. f. Anilin	246,—	Hugo Schneider u. Co.	242,—
Allgem. Elektr.-Ges.	236,—	Schuckert u. Co.	176,—
Ammendorfer Papierf.	551,—	Siemens u. Halske	278,50
Anhalter Kohlenw.	345,—	Stettiner Chamotte	310,—
Annaberger Schlingut	449,50	Stettiner Vulkan	215,—
Badische Anilin	—,—	Stollberger Zinkh.	254,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	227,50	Strals. Spielkarten	346,—
Berl. Masch.-Bau	—,—	„Terra", Samen-A.-G.	—,—
Bismarckhütte	—,—	Thale-Eisenhütte	412,—
Bochumer Gußstahl	281,—	Triptis-Akt.-Ges.	225,50
Chem. Fabrik Buckau	260,—	Türkische Tabakregie	725,—
Chem. Grünau	—,—	Ver. Köln-Rottweiler	278,50
Chem. v. Heyden	—,—	Glanzstoff Elberf.	918,—
Consolidation Schalke	688,—	Wegelin u. Hübner	149,50
Dröllwitzer Papierfabr.	—,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Daimler-Motoren	220,—	Westeregeln-Alkali	624,—
Deutsch-Luxemburg	268,7½	Wittener Gußstahl	905,—
		Wrede-Mälzerei	140,—
		Zeitzer Masch.	475,—
		Zellstoff Waldhof	319,80
		Otavi-Minen	800,—

Tendenz: fest.

„H.J." Sportberichte

Rennen zu Berlin-Grunewald

1. **Preis von Langenbielau.** 1. Wachtel (Lewicki), 2. Granit, 3. Offensive. Tot.: 81, 20, 14, 24. Ferner liefen: Wedendorf, Gewerfe, Page, Cilli, Schwalbe. — 2. **Versuchs-Rennen** der Stuten. 1. Hellebarde (Bleuler), 2. Douschka, 3. Marga. Tot.: 44, 14, 16, 25. Ferner liefen: Smaragd, Monita, Altmark, Margarete. — 3. **Abonis-Rennen.** 1. Skarabe (Zimmermann), 2. Wanderfalke, 3. Exzelsior. Tot.: 34, 17, 13. Ferner liefen: Georgios, Chamisso, Wächter. — 4. **Charlottenburger Ausgleich.** 1. Provinzler (Hellebrandt), 2. Ritterporn, 3. Springer. Tot.: 58, 20, 24, 15. Ferner liefen: Lebensgefährte, Machthaber, Tarlatan, Helmig, Glanz, Baltasar, Lumacht. — 5. **Preis von Steinach.** 1. Hanswurst (Dyhr), 2. Seehausen, 3. Parther. Tot.: 23, 16, 17. Ferner liefen: Sierna, Lang, Heva. — 6. **Fabula-Rennen.** 1. Prämie (Janek), 2. Orla, 3. Grollenicht. Tot.: 33, 14, 16, 17. Ferner liefen: Augustenburg, Mur, Orne, Berthalda. — 7. **Wilmersdorfer Ausgleich.** 1. Ikarus (Wenkel), 2. Orilus, 3. Gibet. Tot.: 46, 17, 19, 34. Ferner liefen: Berliner, Feierabend, Segantini, Corregio, Siebenschläfer, Luftfahrt, Friedensgiesel, Prophetin, Wigamme, Palmur, Furchtlos, Sigrid, Rahat.

*

— **Tennis.** Der Tennisklub und die A. S. V. zu Halle a. S. weilte vergangenen Sonnabend und Sonntag mit einer kombinierten Mannschaft in Erfurt, um gegen den dortigen spielstarken Tennisturnier-Verband ein Gesellschaftsspiel auszutragen. — Unsere Spieler mußten leider ohne die drei besten Damen und drei ihrer stärksten Herren die Reise nach Erfurt antreten. Aus den wunderschönen Plätzen der Erfurter wurde von Sonnabend nachmittag 3 Uhr bis Sonntag abend 7 Uhr tüchtig gekämpft; guter Sport wurde zum Teil geboten und von den zahlreich erschienenen Freunden des Tennissports auch reichlich gewürdigt. Mit 30 : 10 Punkten, 65 : 26 Sätzen und 491 : 360 Spielen gewannen die Erfurter. Unsere Spieler, etwas von Pech verfolgt, verloren die Sätze meist nur knapp. Das Rückwettspiel ist für September in Halle geplant, und ist es hoffentlich dann möglich, daß Halle seine stärkste Mannschaft auf die Plätze bringt.

— **Gauturnfest.** Der Nordostthüringer Turngau findet sich in den Tagen vom 10.—12. Juli in Naumburg-Saale nach einer Pause von 8 Jahren wieder einmal zu einem Gauturnfest zusammen. Im Jahre 1915 blickte der Gau auf ein 50jähriges Bestehen zurück. Der Weltkrieg machte es unmöglich, dieses Tag festlich zu begehen. Das Gauturnfest gibt man Gelegenheit, auch auf die Gaugründung Bezug zu nehmen; um so mehr, als der Festort Naumburg der Gründungsort des Gaues ist. Die Naumburger Vereine, die sich zur Uebernahme des Gauturnfestes bereit gefunden haben, haben alles getan, um das Gauturnfest in zwar einer der schweren und des Ernstes der Zeit entsprechenden, aber trotzdem würdigen Weise zu feiern. Am Sonnabend, den 10. Juli finden nachmittags die Ausscheidungsspiele um die Gaumeisterschaft statt; ferner das Wettturnen der Turner über 35 Jahre. Abends findet ein großer Festabend im Bürgergarten am Fuße des Denkmals des Altmeisters der Turnkunst, Friedrich Ludwig Jahn, statt. Sonntag, den 12. Juli, vormittags findet das Wetturnen (12-Kampf) statt, ½1 Uhr Festzug durch die Stadt, nachmittags Massenfreiübungen und Sondervorführungen. Die Beteiligung verspricht eine große zu werden; bisher liegen über 3000 Meldungen auswärtiger Turner vor. Montag, den 12. Juli finden zwei Turnfahrten statt; die erste nach den Freyburger Jahnsgrotten, die zweite über das Friesenheim nach Bad Kösen. Auch hierzu sind alle Vorbereitungen getroffen. Einen besonderen Reiz, insbesondere für alte Turner, dürfte der Wettstreit der drei besten Gerätetturner aus dem 12-Kampf um die Gaumeisterschaft hervorrufen. Dieser Kampf, der zum erstenmal ausgetragen wird, dürfte Gipfelleistungen bringen, wie sie selten zu sehen sind.

— **Froidheim und Kreuter** werden sich wahrscheinlich an dem vom Ostdeutschen Tennis-Turnier-Verband veranstalteten 15. allgemeinen Tennisturnier während der Zoppoter Sportwoche beteiligen.

Vom Büchertisch

— **Du und das Weltall von Bruno H. Bürgel (Nr. 31 der Gelleschen Bücherei).** Verlag Dürr und Weber, Leipzig. Preis 5,50 Mk. — Bruno H. Bürgel ist in der heutigen Tagesliteratur kein Unbekannter mehr. Er, der das Buch schrieb: „Von Arbeiter zum Astronomen", das Bekenntnis eines Auffrebenden, besitzt den Weitblick des rastlos Forschenden, der menschliche Erfahrungen wie wissenschaftliche Erkenntnis restlos durchdenkt. Als solchen lernte ich ihn kennen während des Krieges bei einer Feldluftschiffer-Abteilung da draußen irgendwo in der Champagne. Und wie im persönlichen Verkehr wirkt er durch seine Bücher auf seine Mitmenschen. In seinem letzten Werk plaudert er als ein „astronomischer Bölke" vom Weltall, von der Astronomie, ihrer wissenschaftlichen, ethischen und auch religiösen Bedeutung. Kosmisch denken! heißt die Parole, die er ausgibt. Dieses hohe Lied von der Absage an die anthropologische und geozentrische Weltanschauung wird jedem vom größten Nutzen sein und vor allem die begeistern, denen das All bisher ein großes Unbekanntes war. Die hier ausgesprochenen Gedankengänge müssen heute im Weltbild unserer Zeitgenossen mit zu den wichtigsten gehören. △

— **Dr. Heinrich Schauerte,** Hermann Löns, sein Leben, Schaffen und seine Werke. Verlag Gebr. Lensing, Dortmund. — Mancher Verehrer Löns möchte Näheres über die Werke, das Leben und Schaffen des Dichters erfahren. Wohl ist bereits manches, vielleicht schon zu viel über Löns geschrieben worden doch wird auch dies Büchlein den Freunden Löns'schen Schriftstums eine willkommene Gabe sein. Eine Biographie des Dichters folgt ein Abschnitt über des Dichters Schaffen als Kunst und über die Art seiner Naturschilderung. Den Schluß bilden eingehende Besprechungen seiner sämtlichen bisher erschienenen Werke. Auch dieses Büchlein wird dem Bewunderer Hermann Löns neue Freunde erwerben.

— **Im Juliheft der „Deutschen Rundschau",** Verlag von Gebrüder Paetel in Berlin, fesseln besonders zwei Aufsätze die Aufmerksamkeit. Moeller von den Bruck nimmt zu Spengler's „Untergang des Abendlandes", einem Buche, das jetzt die besten Köpfe beschäftigt, Stellung in geistig bedeutenden Ausführungen. Dr. Alfredo Hartwig schildert die „Methoden des Handelskrieges der Alliierten gegen Deutschland an der Westküste Südamerikas", die, so einfach sie waren, vollständig den deutschen Handel ausschalteten. Ein feines Stück trefflicher Darstellungskunst ist die Erzählung „Der tote Herr Sörensen" von Emma Bonn. Beiträge zur Scheffelbiographie liefert Luise Perty. — Die „Deutsche Rundschau", Georg Schünemanns Musikbericht, ein Theaterbericht Rudolf Pechels, Ringwalds mit dem Wahn Monolog eingeleitete Dokumentensammlung „Vom Geiste der Völker" schließen das Heft ab.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joeft Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Seifferth. Anzeigenleitung: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S. Druck: Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192007071-15/fragment/page=0004